

Ministerien geben jetzt Entwarnung

Behörden ziehen Schlussstrich unter Zuganglück – Epichlorhydrin nur in sechs von 628 Proben nachgewiesen

Knapp sechs Jahre nach dem Zuganglück haben Vertreter von Innen- und Gesundheitsministerium gestern Entwarnung gegeben: Die Folgen des Zusammenstoßes zweier Güterzüge, bei dem krebserregendes Epichlorhydrin freigesetzt wurde, seien weitaus weniger schwerwiegend als bisher befürchtet. Nur in sechs Fällen ist demnach von einem „sehr geringfügig“ erhöhten Krebsrisiko auszugehen.

VON MARC FÜGMANN

BAD MÜNDER. In den vergangenen Jahren wurden 628 Blutproben auf Rückstände der Chemikalie untersucht – die meisten stammen von Polizisten und Feuerwehrleuten, die am Abend des 9. September 2002 beziehungsweise in den darauffolgenden Tagen an der Unglücksstelle eingesetzt waren. Die Proben wurden parallel von Medizinern und Chemikern der Universität Göttingen und der Medizinischen Hochschule Hannover analysiert. Dabei kamen zwei unterschiedliche Verfahren zum Einsatz. Während die Fachleute in Göttingen mit ihrer Methode keine messbaren Epichlorhydrin-Werte

feststellen konnten, wurden in Hannover bei sechs der 628 Proben sogenannte Protein-Addukte der Chemikalie „sicher bestimmt“. Daraus wiederum hat das Landesgesundheitsamt ein Krebsrisiko ermittelt. Es liegt je nach Probe zwischen eins zu elf Millionen und eins zu 38 Millionen.

„Mit anderen Worten: Von elf Millionen oder 38 Millionen Menschen könnte einer zusätzlich an Krebs erkranken. Ein Risiko als Folge des Unfalls ist somit als sehr gering zu bewerten“, so das Urteil von Dr. Klaus Wollin (Landesgesundheitsamt) bei der vierten – und wohl auch letzten – Informationsveranstaltung im Martin-Schmidt-Saal. Dies gelte besonders, wenn man berücksichtige, dass auch so schon jeder Dritte ein Krebsrisiko mit sich herumtrage, pflichtete ihm sein Kollege Dr. Roland Suchenwirth bei.

Auf Nachfrage aus dem Publikum, wie groß die Gefahr einer Erbgutschädigung sei, konnte Suchenwirth mit einer nach eigenen Worten relativ positiven Botschaft antworten: „Wir haben keine relevanten Veränderungen an Chromosomen feststellen können.“

Was den Fachleuten allerdings Rätsel aufgibt: Zu den sechs Betroffenen mit nachweisbaren Epichlorhydrin-Belastungen gehört auch ein Polizeibeamter, der erst lange Zeit nach der Explosion an der Unglücksstelle und obendrein einige hundert Meter entfernt vom eigentlichen Geschehen war. Dennoch zogen Wissenschaftler und Ministerialbeamte einmütig ein von Erleichterung bestimmtes Fazit: Den befürchteten Massenunfall habe es nicht gegeben.



Die Experten stehen den 50 Besuchern im Martin-Schmidt-Saal Rede und Antwort. Oesterle

BEWEIS FÜR EINE KONTAMINATION

Dirk Reinecke zieht differenziertes Resümee

Nach der Podiumsveranstaltung zum Zuganglück zieht Dirk Reinecke, Vorsitzender der Initiative Störfall, ein differenziertes Resümee.

„Wir sollten glücklich sein, dass kein größeres Krebsrisiko bestand, das ist mehr, als wir uns wünschen konnten.“ Reinecke weist darauf hin, dass dieses Ergebnis „mehr Wert als alles andere“ sei. Die Untersuchung hat-

te ergeben, dass nach Einschätzung des Innenministerium bei sechs Personen ein erhöhtes Krebsrisiko besteht – bei einer Wahrscheinlichkeit von eins zu elf Millionen beziehungsweise 38 Millionen. Allerdings sei vollkommen dahingestellt, ob sich durch die nachgewiesene Vergiftung mit der Chemikalie Epichlorhydrin andere Beschwerden ergeben, die mög-

licherweise jetzt noch nicht nachweisbar seien, sagt Reinecke. „Wir haben den Beweis, dass es eine Kontamination gab.“ Das stelle die laufenden Gerichtsverfahren in ein neues Licht.

Auch über die Resonanz der Zuschauer – nur 50 waren gekommen – äußerte sich der Vereinsvorsitzende: „Natürlich lässt das Interesse nach sechs Jahren etwas nach.“ ric

Fenster schließen

Ausschnitt drucken